



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Wenn Gleichstellungspolitik zu Ungleichheit führt

Widmer, Thomas ; Fuchs, Gesine ; Zollinger, Christine

Abstract: Gleichstellungspolitische Massnahmen – etwa zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – können auch unerwünschte Effekte haben, indem sie soziale Ungleichheiten verstärken.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-97703>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Widmer, Thomas; Fuchs, Gesine; Zollinger, Christine. Wenn Gleichstellungspolitik zu Ungleichheit führt.

In: NZZ, 162, 16 July 2014, 17.

Wenn Gleichstellungspolitik zu Ungleichheit führt

Gleichstellungspolitische Massnahmen – etwa zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – können auch unerwünschte Effekte haben, indem sie soziale Ungleichheiten verstärken. Von Thomas Widmer, Gesine Fuchs und Christine Zollinger

Die Schweiz hat sich in der Vergangenheit nicht eben den Ruf eingehandelt, Fragen der Geschlechtergleichstellung progressiv anzugehen. Sie muss sich vorwerfen lassen, zum Teil hinter der internationalen Entwicklung herzuhinken. Heute präsentiert sich die Lage aber nicht mehr so desolat. In den letzten Dekaden wurde auch in der Schweiz viel erreicht. Kennzahlen, wie der Anteil der Frauen mit Erwerbstätigkeit, attestieren der Schweiz gar eine Spitzenposition – auch wenn gerade dieser Befund vornehmlich durch wirtschaftsstrukturelle Faktoren bedingt sein dürfte. In anderen Punkten besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf, wie etwa Studien zur Persistenz geschlechterspezifischer Lohndifferenzen deutlich aufzeigen.

Beachtliche Unterschiede

Im Nationalen Forschungsprogramm «Gleichstellung der Geschlechter» (NFP 60) haben wir uns mit der Ausgestaltung gleichstellungspolitischer Massnahmen in der Erwerbsarbeit befasst. Drei Themen standen im Zentrum: erstens die Gleichstellungsförderung in der Personalpolitik des Bundes, zweitens die familienexterne Kinderbetreuung in den Gemeinden sowie drittens die Antidiskriminierungspolitik gemäss Gleichstellungsgesetz.

Ein wichtiger Befund der Studie ist, dass sich die gleichstellungspolitischen Massnahmen erheblich zwischen den untersuchten Gemeinden, Kantonen oder Bundesstellen unterscheiden. Die Unterschiede zeigen sich unter anderem bei den eingesetzten Mitteln, aber auch bei der Reichweite und der Verbindlichkeit der umgesetzten Massnahmen.

Bei den Differenzen lassen sich drei Komponenten unterscheiden: Erstens können die Differenzen Ausdruck unterschiedlicher Problemlagen und Bedürfnisse bilden: Nicht jede Gemeinde benötigt ein identisches Kinderbetreuungsangebot. Zweitens können die bestehenden Unterschiede politisch gewollt sein, also aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen und Ideologien der politischen Entscheidenden ganz bewusst zustande gekommen sein. Für Einheiten mit politischen Entscheidungskompetenzen – in den von uns untersuchten Fällen also für Kantone und Gemeinden (nicht aber bei den Bundesstellen) – sind diese Differenzen im Hinblick auf die berufliche Gleichstellung der Geschlechter vielleicht unsachgemäss, aber politisch durchaus legitimiert, soweit sie sich im Rahmen der rechtsstaatlich gesetzten Grenzen bewegen.

Eine dritte Differenz dagegen lässt sich weder sachlich begründen noch politisch legitimieren, sondern ist abhängig von Zufälligkeiten, wie dem jeweils aktuell herrschenden Finanzdruck oder persönlichen Vorlieben. Gerade bezüglich dieser dritten Komponente besteht Handlungsbedarf.

Den beruflichen Gleichstellungspolitikern, namentlich den Massnahmen zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hat eine neuere sozialliberale Koalition zum Durchbruch verholfen. Neben den traditionell gleichstellungspolitischen Anliegen gegenüber aufgeschlossenen linken Kreisen unterstützen auch wirtschaftsnahe bürgerliche Kreise Massnahmen, die dazu geeignet sind, Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Aufgrund des stetig wachsenden Bildungsstandes will sich die Wirtschaft den Zugriff auf die gut qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte nicht durch familiäre Verpflichtungen nehmen lassen. Diese breit aufgestellte Koalition linker und bürgerlicher Kreise hat deswegen massgeblich zum Ausbau von Vereinbarkeitsmassnahmen beigetragen. Gerade diese Massnahmen haben aber das Potenzial zur sozialen Diskriminierung. Da die Massnahmen darauf ausgerichtet sind, besonders den hochqualifizierten Frauen Erwerbsarbeit zu ermöglichen, besteht die Gefahr, dass weniger Qualifizierte davon nicht gleichermassen profitieren können. Kinder aus mittleren und hohen Einkommensklassen nutzen häufiger Kinderkrippen, während jene aus tiefen Einkommensklassen häufiger in Tagesfamilien betreut werden. Weniger qualifizierte, gering verdienende Eltern mit wechselnden Arbeitszeiten können von den pädagogisch wertvollen Angeboten in Kinderkrippen kaum profitieren. Sie greifen auf finanziell tragbarere und zeitlich flexiblere Angebote von Tageseltern zurück. Daneben haben wir auch festgestellt, dass Vereinbarkeitsmassnahmen, namentlich die familienexterne Unterstützung bei Betreuungs- und Sorgearbeit, prekäre, schlecht bezahlte Arbeitsplätze in erster Linie für Frauen schaffen.

Gerade eine Anstellung in einem Angebot für die familienergänzende Kinderbetreuung im schulergänzenden Bereich oder als Tagesmutter ist wenig geeignet, ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen zu erzielen.

«Rebound-Effekte»

Bei diesen weiblichen Erwerbstätigkeiten im Dienste der Gleichstellung kann somit durchaus von einem sozialen «Rebound-Effekt» gesprochen werden, von einem unerwünschten, dem eigentlichen Ziel der Gleichstellungspolitik zuwiderlaufenden Effekt.

Zukünftig sollten bei der Ausgestaltung von gleichstellungspolitischen Massnahmen, namentlich bei jenen zur Steigerung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vermehrt die sozialen Effekte wie auch die Auswirkungen auf die Qualität der Erwerbsarbeit von Frauen Beachtung finden. Sonst läuft man Gefahr, mit derartigen Massnahmen trotz gegenteiligen Absichten nicht nur die

Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch den sozialen Zusammenhalt zu schwächen.

.....
Thomas Widmer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich, **Gesine Fuchs** und **Christine Zollinger** sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen; zum Forschungsprogramm vgl. www.nfp60.ch.